

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 183. Ratssitzung vom 21. August 2013

4170. 2011/421

Postulat von Jürg Ammann (Grüne) und Dr. Ueli Nagel (Grüne) vom 09.11.2011: Konzept für die Schaffung eines Seniorinnen- und Seniorenrats in der Stadt Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Jürg Ammann (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1953/2011): Der Stadtrat wird gebeten, die Schaffung eines Seniorinnen- und Seniorenrats zu prüfen. In Zürich leben rund 61 682 stimmberechtigte Personen, die über 65 Jahre alt sind, doch nur wenige beschäftigen sich aktiv in der Politik. Ältere Leute verdienen Respekt und Aufmerksamkeit. Ihre Lebenserfahrung, ihre fachlichen und sozialen Kompetenzen und ihr Wissen sollten vermehrt genutzt werden. Mit der Schaffung eines Seniorenrats können ältere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Entwicklung der Stadt aktiver mitgestalten und bei wichtigen Anliegen als beratendes Organ beigezogen werden. In Luzern gibt es seit 1995 einen Seniorenrat. Solche Gremien sind frei vom direkten Einfluss von Parteien, Verbänden und Organisationen. Der Seniorenrat für Stadt und Kanton Zürich ist unserer Meinung nach noch zu wenig aktiv, was den Einfluss auf die Politik betrifft. Die Realisierung eines Seniorenrats wäre auch nicht mit hohen Kosten verbunden, da die Mitglieder ehrenamtlich arbeiten würden. Wir bedauern, dass das Geschäft dem Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) zugewiesen wurde. Wir hätten uns eine Anbindung ans Präsidialdepartement gewünscht, denn ein Seniorenrat sollte eine gesellschaftspolitische und kulturelle Botschaft departementsübergreifend vermitteln.*

***Ruth Anhorn (SVP)** begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. November 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Zahlreiche ältere Menschen sind aktiv und interessiert in den verschiedensten Belangen. Es gibt heute ein Netzwerk von verschiedenen Organisationen, die Anliegen entgegennehmen und abklären. Bei Themen, für die eher der Bund zuständig ist, steht der Schweizerische Seniorenrat (SSR) zur Verfügung. Daneben gibt es zudem die Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfeorganisationen der Schweiz (VASOS). Zudem führen verschiedene Parteien Seniorengruppen. 2008 hat das GUD zwecks besserer Vernetzung und Austausch von Ideen das «Altersnetzwerk Stadt Zürich» gestartet, das verschiedene Organisationen und Institutionen zusammenbrachte. Die SVP ist der Meinung, dass in Zürich bereits genügend Möglichkeiten bestehen, Anliegen einzubringen, welche dann an entsprechende Stellen weitergeleitet werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Tamara Lauber (FDP): *Im Postulat ist zu lesen, dass die ältere Generation besser ins politische Leben einbezogen werden muss. Warum sollte diese Alterskategorie nicht genügend in der Politik vertreten sein? Der Postulant geht mit bestem Beispiel voran. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, wie Anliegen eingebracht werden können. Meiner Meinung nach ist hier private Initiative gefragt. In unserem politischen System erhält jede Stimme Gehör. Bei einem Seniorenrat müssen die Mitglieder viel Zeit aufwenden, sich engagieren und haben dann wiederum weniger Zeit für private Hobbys. Die FDP ist überzeugt, dass das der falsche Weg ist. Wir haben ein gutes System, an dem wir festhalten sollten.*

Joe A. Manser (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Wir schlagen eine Textänderung vor. Die Formulierung scheint mir zu eng gegriffen. Auch sind Verwechslungen möglich, da bereits ein Seniorenrat existiert. Wir möchten eine offenere Formulierung vorschlagen: «Insbesondere ist zu prüfen, wie ältere Bewohnerinnen und Bewohner in die politischen Prozesse einbezogen werden können.» Ein weiterer Satz würde dann angepasst: «Dabei kann an die Erfahrungen des GUD mit dem Altersnetzwerk angeknüpft werden, wegen der departementsübergreifenden Funktion ist jedoch eine breite Abstützung zu prüfen.» Der letzte Punkt scheint uns besonders bedeutend, da das Thema Alter nicht nur im GUD ein Thema ist.*

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): *Wir unterstützen die Idee des Postulats. Die EVP hat 2011 eine Initiative für eine seniorengerechte Stadt Zürich eingereicht, die unter anderem die bessere Einbindung von Seniorinnen und Senioren in die Gesellschaft fordert. Mit dem Seniorenrat hätten wir ein Gefäss, das prüfenswert ist. Wir haben unter Seniorinnen und Senioren auch das Problem der Vereinsamung. Genau hier schien uns der Mittelteil im Postulatstext sinnvoll. Man sollte ihn nicht streichen. Der Aspekt, dass politisch nicht parteigebundene Leute eingebunden werden können, scheint uns sinnvoll.*

Guido Hüni (GLP): *Ältere Menschen sind ein starker Pfeiler unserer Gesellschaft. Wir sind jedoch nicht der Meinung, dass sie vom politischen System ausgeschlossen sind oder nicht teilnehmen können. Die Mitbestimmung ist auch heute möglich. Es bestehen entsprechende Gremien. Ein zusätzlicher Seniorenrat würde uns in einen Bereich führen, der mit vom Volk gewählten Vertretern kollidiert. Senioren und Seniorinnen können abstimmen, an einer Wahl teilnehmen, einer Partei beitreten. Sie sind sogar vermutlich besser organisiert und wohlhabender als viele andere Teile der Bevölkerung. Diese werden auch nicht zusätzlich gefördert. Wollte man einen bestimmten Bevölkerungsteil fördern, müsste man das ganze System überdenken.*

Joe A. Manser (SP): *Wir haben eine breitere Formulierung vorgeschlagen, weil wir mit dem bereits existierenden Seniorenrat gesprochen haben. Dessen Mitglieder fanden die bestehende Formulierung nicht ganz optimal. Man könnte auch andere Modelle wie dasjenige in Luzern prüfen. Ebenfalls stellt sich die Frage, ob nicht vermehrt auf der Quartierebene etwas geschehen müsste. Die älteren Leute sind vor allem an den Lebensbe-*

3 / 4

dingungen in ihrem Quartier interessiert. Wenn man dort Partizipationsformen finden könnte, wäre das vielleicht mehr im Sinne der Betroffenen. Viele Leute trauen sich nicht, sich auf gesamtstädtischer Ebene einzubringen. Auf Quartierebene würden sie es eher wagen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Der Stadtrat unterstützt das Anliegen des Postulats. Die älteren Menschen müssen ihren Platz in der Gesellschaft haben, man muss ihre Bedürfnisse kennen und ernst nehmen. Bei den Handlungsfeldern in der städtischen Altersstrategie geht es auch darum, das autonome Handeln zu stärken. Es gibt heute schon viele Mitwirkungsmöglichkeiten für alte Menschen. Wir möchten gerne prüfen, ob man eine umfassendere und übergreifende Art von Mitwirkung anbieten könnte. Wir sollten nicht etwas aufbauen, das bereits vorhanden ist. Wir stehen in Kontakt mit der Stadt Luzern, deren Angebot als sehr innovativ betrachtet wird. Das dreijährige Pilotprojekt wird nun evaluiert und wir werden uns über die Resultate informieren. Wir streben eine Form der Mitwirkung an, die für alle sachdienlich ist und auch wirklich etwas bringt. Wir sind gerne bereit, das Postulat zu prüfen. Der Textänderungsantrag würde den Innovationsgedanken noch unterstützen.*

Jürg Ammann (Grüne) *ist mit der Textänderung einverstanden: Die zuständige Stadträtin verfügt meiner Meinung nach über genügend Kreativität, um aus der Textänderung etwas zu machen, das unserem Vorschlag entspricht.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Partizipation der älteren Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich am politischen Geschehen und bei der Gestaltung der Lebensräume gefördert werden kann. Inbesondere ist zu prüfen, wie ältere Bewohnerinnen und Bewohner in die politischen Prozesse einbezogen werden können. Dabei kann die Erfahrung des GUD mit dem «Alternetzwerk» angeknüpft werden, wegen der departementsübergreifenden Funktion ist jedoch eine breitere Abstützung zu prüfen (z.B. Präsidialdepartement). Gewünscht wird ein Konzept für die Schaffung eines SeniorInnenrats der Stadt Zürich, in dem Vertreterinnen und Vertreter von politischen Parteien, aber auch von Fachstellen für Altersfragen und Einzelpersonen im AHV-Alter Einsitz nehmen können und dem für politische Entscheide eine beratende Funktion zugestanden wird. Der Aufbau des SeniorInnenrats kann an die Erfahrung des GUD mit dem „Alternetzwerk“ anknüpfen, wegen der departementsübergreifenden Funktion ist jedoch eine Anbindung an das Präsidialdepartement wünschenswert.

Das geänderte Postulat wird mit 65 gegen 52 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat